

Mit dem Olma-Effekt in den Bundesrat

Die sieben Ostschweizer Kantone bieten die Chefs der Bundesratsparteien zur Aussprache nach St. Gallen auf. Einziges Traktandum: der «zwingende» Anspruch der Ostschweiz auf einen Sitz im Bundesrat.

Markus Häfliger
Bern

Die Ostschweizer spielen ihren besten Trumpf: die Olma. Die Messe für Landwirtschaft und Ernährung, die heute zum 74. Mal ihre Tore öffnet, ist der grösste Anlass östlich von Zürich und dank ihrer Bratwürste und Schweinchen legendär. Diesen Olma-Effekt wollen die Ostschweizer nun in harte Machtpolitik ummünzen: Am Rand der Eröffnungsfeier treffen Regierungsvertreter der sieben Ostschweizer Kantone heute die Spitzen der Bundesratsparteien zum Olma-Gipfel, wie das «St. Galler Tagblatt» meldet. Einziges Traktandum: die Vertretung bzw. Nicht-Vertretung der Ostschweiz in der Landesregierung.

Die Einladung stammt von der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK), der die Kantone St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Schaffhausen, Glarus und die beiden Appenzell angehören. Wobei Einladung zu brav klingt: Das Schreiben der ORK an die Parteichefs klingt eher wie ein Aufgebot. Sie spricht darin von einer «Aussprache» und formuliert ihre Forderung beinahe ultimativ: «Die Ostschweizer Regierungskonferenz erwartet, dass die Ostschweiz aufgrund ihrer Grösse und Bedeutung bei der nächsten Vakanz zwingend berücksichtigt wird.» Es ist, als wollten die Ostschweizer alle jene Kritiker widerlegen, die ihnen vorwerfen, ihre Interessen zu bescheiden und zu wenig geeint zu vertreten.

Gössi und Levrat kommen nicht

Der Auslöser war die Bundesratswahl vom Dezember 2015, als der Waadtländer Guy Parmelin als Nachfolger der Bündnerin Eveline Widmer-Schlumpf gewählt wurde. Seither ist der ganze Landesteil östlich von Zürich nicht mehr in der Regierung vertreten, während der Kanton Bern zwei und die Romandie sogar drei Bundesratsmitglieder stellt.

Darüber gebe es Unmut, sagt Benedikt Würth, der Präsident der Ostschweizer Regierungskonferenz. «Die Ostschweiz erbringt rund ein Achtel der schweizerischen Wirtschaftsleistung, hat zahlreiche kulturelle Schwerpunkte und ist international mit den Nachbarregionen gut vernetzt», sagt der St. Galler CVP-Regierungsrat. Zwar könne die ORK nicht direkt auf die Bundesratswahl Einfluss nehmen. «Sie möchte dennoch frühzeitig ein Signal aussenden und den Anspruch geltend machen, dass die Ostschweiz in der Landesregierung vertre-



Ostschweizer Alt-Bundesräte unter sich: Ruth Metzler, Arnold Koller und Kurt Furgler 2004 in St. Gallen. Foto: Regina Kühne (Keystone)

ten ist.» Würth beruft sich auf die Verfassung, die eine angemessene Vertretung der Landesgegenden verlangt.

Das Echo bei den Parteien ist durchgezogen. Zwar nehmen die Präsidenten der SVP und der CVP, Albert Rösti (Bern) und Gerhard Pfister (Zug), heute den Weg nach St. Gallen unter die Räder. Petra Gössi und Christian Levrat, die Chefs von FDP und SP, lassen sich am Olma-Gipfel aber von ihren Vizepräsidenten Barbara Gysi (St. Gallen) und Andrea Caroni (Ausserrhoden) vertreten, die beide selbst aus der Ostschweiz stammen.

Und die Zentralschweiz?

In seinem Fall trage die ORK «Eulen nach Athen», meint Caroni. Trotzdem hält er das Treffen für eine gute Sache. Die Olma sei ein würdiger Ort, um zu zeigen, «dass wir ein wichtiger Landesteil sind». Gysi ist skeptischer. Zwar findet sie den Anlass «sympathisch», hätte es aber begrüsst, wenn zusätzlich über sachpolitische Themen gesprochen

würde, die die Ostschweiz beschäftigen. CVP-Präsident Pfister ist von der Offensive aus dem Osten noch nicht überzeugt. Erstens werde die regionale Vertretung im Bundesrat überbewertet, meint er. Die Expo 2027, die in St. Gallen und im Thurgau an der Urne abgelehnt wurde, wäre für das Selbstbewusstsein und die Entwicklung der Region «vielleicht wichtiger gewesen». Zweitens weist er darauf hin, dass sein Landesteil – die Zentralschweiz – bereits seit 13 Jahren keinen Bundesrat mehr hatte.

Trotzdem plant die Zentralschweiz derzeit keine Offensive à la Olma-Gipfel. Heidi Z'graggen, die Präsidentin der Zentralschweizer Regierungskonferenz, sagt, zwar hätte auch ihre Region gern wieder einmal einen Bundesrat. Es sei aber Aufgabe der Bundesversammlung, auf die angemessene Vertretung der Landesteile Rücksicht zu nehmen, sagt die Urner CVP-Regierungsrätin. «Ich will keinen Kampf der Regionen um die Bundesratsitze entfachen.»

Ost- und Zentralschweiz Bundesräte der letzten 60 Jahre

Bundesräte aus der Ostschweiz:

1955–59: **Thomas Holenstein** (CVP, SG)
Während der 60er-Jahre stellen die sieben Ostschweizer Kantone keinen Bundesrat.
1972–86: **Kurt Furgler** (CVP, SG)
1980–87: **Leon Schlumpf** (SVP, GR)
1987–99: **Arnold Koller** (CVP, AI)
1999–2003: **Ruth Metzler** (CVP, AI)
2003–10: **Hans-Rudolf Merz** (FDP, AR)
2007–15: **E. Widmer-Schlumpf** (BDP, GR)

Bundesräte aus der Zentralschweiz:

1960–71: **Ludwig von Moos** (CVP, OW)
1974–82: **Hans Hürlimann** (CVP, ZG)
1983–86: **Alphons Egli** (CVP, LU)
1989–2003: **Kaspar Villiger** (FDP, LU)
Seit 13 Jahren haben die sechs Kantone der Zentralschweiz keinen Bundesrat mehr. (hä)

Nachrichten

Uri System für Landratswahl ist nicht verfassungskonform

Das Urner System ist gemäss Bundesgericht für die Parlamentswahl nicht verfassungskonform. Die Erfolgswertgleichheit der einzelnen Stimmen sei nicht gegeben. Tatsächlich ist das Quorum, das erreicht werden muss, um einen Sitz im Landrat zu erhalten, sehr unterschiedlich hoch. In jenen acht Wahlkreisen, in denen das Proporzsystem angewendet wird, braucht es zwischen 6,3 und 20 Prozent. Bei den Landratswahlen gilt in den 20 Gemeinden ein gemischtes Wahlsystem. Zwölf kleinere Gemeinden, die nur einen oder zwei Sitze im 64-köpfigen Parlament haben, wählen im Majorz-, die übrigen acht im Proporzsystem. (SDA)

Abstimmungen Drei Vorlagen für den nächsten Urnengang

Das Schweizer Stimmvolk entscheidet am 12. Februar 2017 voraussichtlich über die Unternehmenssteuerreform III. Zudem legte der Bundesrat gestern die erleichterte Einbürgerung für Ausländer der dritten Generation sowie den Fonds für Nationalstrassen und Agglomerationsverkehr als Abstimmungsthemen fest. Die Unternehmenssteuerreform kommt allerdings nur zur Abstimmung, wenn das Referendum zustande gekommen ist. Die Unterschriften waren am vergangenen Donnerstag pünktlich zum Fristablauf eingereicht worden. (SDA)

Tabakwerbung sorgt für rauchende Köpfe

Weist der Nationalrat das Tabakproduktegesetz zurück, liegt die Schweiz mit ihren Regeln hinter den meisten Ländern zurück.

Janine Hosp

Heute diskutiert die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) den Entwurf zum neuen Tabakproduktegesetz. Beobachter gehen davon aus, dass es der Vorlage nicht besser ergehen wird als im Ständerat: Dieser ist im Juni auf Empfehlung seiner SGK nicht einmal darauf eingetreten, sondern hat sie direkt an Gesundheitsminister Alain Berset (SP) zurückgeschickt.

Mit dem neuen Gesetz möchte Berset Jugendliche besser vor den Folgen des Tabakkonsums schützen. Er will die Werbung entsprechend einschränken sowie verbieten, dass Zigaretten an Minderjährige verkauft werden. Zwar sagten auch bürgerliche Ständeräte, dass sie Jugendliche schützen wollten. Das Gesetz als Ganzes deuteten sie jedoch als reinen Angriff auf die freie Marktwirtschaft. Die Kommission des Nationalrats wird den Entwurf kaum anders interpretieren, zumal sie stärker von FDP und SVP dominiert wird als ihre Schwesterkommission.

Nur: Solange die Schweiz das Gesetz nicht in Kraft setzt, kann sie die Tabakkonvention der Weltgesundheitsorgani-

sation (WHO) nicht ratifizieren. Dabei sieht der Entwurf laut Wolfgang Kweitel von der Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz nur gerade so viele Einschränkungen vor, wie es für die Ratifizierung zwingend braucht; Berset Juristen hätten die Grenzen in Kleinstarbeit ausgelotet. Die Dachorganisation selber, der etwa die Lungenliga Schweiz oder die Krebsliga Zürich angehören, hätte über ihren Schatten springen müssen, um ihn überhaupt unterstützen zu können. Mittlerweile haben fast alle Länder der Welt die Konvention ratifiziert. In Europa haben dies neben der Schweiz nur die Zwergstaaten Andorra, Monaco und Liechtenstein noch nicht getan.

Nur ein Stellvertreterkrieg

Nach Ansicht von Felix Gutzwiller, Präventivmediziner und früherer FDP-Ständerat, sind die Argumente der Gegner aber nur vorgeschoben. «Hier findet ein Stellvertreterkrieg statt», sagt er. Die Schweiz sei eine Produktionsinsel, wo die Tabakindustrie noch Zigaretten mit hohen Schadstoffwerten herstellen dürfe. In der EU, den USA und auch in der Schweiz selber dürfe sie diese längst nicht mehr verkaufen. In Entwicklungsländern hingegen schon. Die Tabakindustrie befürchte, dass sie in der Schweiz nicht mehr so frei wie heute produzieren könne, sei die Konvention einmal ratifiziert. Rund 80 Prozent der Zigaretten, die im Hochlohnland Schweiz produziert werden, werden exportiert.

Als im Ständerat die Gegner nicht auf die Vorlage eintraten, sondern sie direkt zurückwiesen, stiess dies bei den Befürwortern auf grosses Unverständnis. Aber auf diese Weise könne das Gesetz länger hinausgezögert werden, sagt Gutzwiller. «Jedes zusätzliche Jahr bis zur Inkraftsetzung ist für die Tabakindustrie ein gewonnenes Jahr.» Mit seiner Haltung hat er sich in seiner Partei nicht nur Freunde gemacht. «Aber als Präventivmediziner sehe ich die Hintergründe und kann nicht gegen meine Überzeugung anreden.» «Natürlich ist die exportierende Tabakindustrie ein volkswirtschaftlicher Faktor: Es geht um Arbeitsplätze, nicht nur um ein paar Zigaretten», sagt Gregor Rutz, SVP-Nationalrat und Präsident der Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels. Er sehe die Gesetzesvorlage aber in einem grösseren Zusammenhang. Er störe sich daran, dass das Gesetz die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verschlechtere. «Tabakwaren sind legale Produkte. Deshalb sollen sie auch legal beworben werden können.»

Aber selbst am Vorabend der heutigen Kommissionssitzung waren noch nicht alle Meinungen gemacht, vor allem bei den Bürgerlichen nicht. Heinz Brand etwa, SVP-Nationalrat und Präsident von Santésuisse, rang noch mit sich, wäge gesundheitspolitische gegen ordnungspolitische Überlegungen ab. Welche sich durchsetzen, werde die Debatte entscheiden, sagte er.

Missbrauch wird zum Politikum

Die Negativschlagzeilen um die Kantonspolizei Basel-Stadt reissen nicht ab und bringen FDP-Regierungsrat Baschi Dürr in Bedrängnis.

Yannick Wiget

Illegale Dienstwagen, ein fragwürdiger Bring-und-Hol-Service und jetzt noch eine Sexaffäre: Die Kantonspolizei Basel-Stadt wird zurzeit heftig kritisiert. Und durch die Aufdeckung verschiedener Missstände in den vergangenen Wochen gerät FDP-Regierungsrat Baschi Dürr immer mehr unter Druck. Der Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements muss kurz vor den Wahlen am 23. Oktober einen Stimmenverlust befürchten.

Seine Parteikollegen sind besorgt. Sie hätten Rückmeldungen von verunsicherten Wählern erhalten, sagte der Basler FDP-Präsident Luca Urgese zur «bz Basel». «Ich kann deshalb nicht ausschliessen, dass manche Wähler unseren Kandidaten wegen all dieser Geschichten nicht wählen.» Das Einzige, was die FDP tun könne, sei, Aufklärungsarbeit zu leisten. Der kritisierte Baschi Dürr selbst äussert sich mit Verweis auf ein laufendes Verfahren allerdings nicht zur Missbrauchsaffäre. «Eine unmögliche Situation» für den sonst kommunikativen Regierungsrat, meint die «bz Basel». Dürr habe sein Image als führungsstarker Macher in Rekordzeit zerstört. Auch weil er im Zuge der Affäre keine Worte des Bedauerns finde und keine lückenlose Aufklärung verspreche.

Laut Telebasel hat ein Polizist auf einem Ausflug vor rund zwei Monaten eine Mitarbeiterin derselben Abteilung der Kantonspolizei sexuell belästigt, als die Frau stark betrunken war und sich kaum mehr bewegen konnte. Eine weitere Person habe die Szenen mit einem Handy gefilmt. Am Dienstag bestätigte die Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft den Fernsehbericht. Die Staatsanwaltschaft hat ein Strafverfahren wegen Schändung eröffnet, in das vier Mitarbeitende der Kantonspolizei Basel-Stadt involviert sind.

Sicherheitsdirektor Dürr machten schon vor dem Missbrauchsskandal mehrere aufgedeckte Missstände zu schaffen. So berichtete die «Basler Zeitung», dass sich Dienstoffiziere ihre Picknicksfahrzeuge nach eigenem Gusto aussuchen und ausrüsten lassen konnten. Zudem nutzten sie diese für Privatfahrten, obwohl solche gesetzlich ausdrücklich nicht erlaubt sind.

Ebenfalls für Kritik sorgte das Justiz- und Sicherheitsdepartement, weil seine Buchhaltung bei der Milizfeuerwehr versagte und es nun 90 000 Franken an Leistungen nachzahlen muss. Zuvor hatte bereits das grosszügig bemessene Fest des Polizeikaders nach dem Europa-League-Final in Basel Schlagzeilen gemacht. Die Offiziere hatten sich ein Nachtessen mit Rundflug über Basel genehmigt, nachdem sie bereits zuvor mit der Mannschaft gefeiert hatten.

Glarner feilscht um Flüchtlingsabgabe

Die Weigerung der Aargauer Gemeinde Oberwil-Lieli, die ihr zugewiesenen Flüchtlinge selber zu betreuen, hat landesweit Schlagzeilen gemacht. Nun stellt sich das Dorf wieder quer. Laut «Aargauer Zeitung» hat es Beschwerde gegen das vom Kanton Aargau angesetzte Taggeld für die auswärts platzierten Flüchtlinge eingelegt. Es beträgt 110 Franken pro Person. «Viel zu hoch», findet Andreas Glarner, der Asylchef der SVP und Gemeindeammann von Oberwil-Lieli. Nach seinem Dafürhalten wären 50 Franken genug. Die zuständige Sektion Asyl hält dagegen, der Betrag orientiere sich an realistischen Annahmen, mit denen bei der Unterbringung, Verpflegung und Betreuung in Pensionen und einfachen Hotels gerechnet werden müsse. Nicht alle Kantone haben Ersatzabgaben traglich festgelegt – auch Zürich nicht. Laut Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) war dies bisher nicht nötig, da alle 168 Gemeinden ihren Verpflichtungen nachkommen. (net)